



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

Zollpolitik und Reichstagswahlen. Nachdem das preußische Herrenhaus durch seinen Beschluß vom 1. Mai der extremen agrarischen Opposition eine für die Wahltagation so verhängnisvoll brauchbare Förderung hat zuteil werden lassen, ist die Gefahr, die für unsre Zollpolitik aus dem Wahlergebnis zu erwachsen droht, bedeutend verschärft worden: die Gefahr, daß im neuen Reichstage für den Abschluß neuer Handelsverträge, denen der Bundesrat zustimmen kann, überhaupt keine Mehrheit zu haben sein wird. Der Schade, den unser ganzes Wirtschaftsleben davon haben müßte, würde ungeheuer sein und uns doppelt hart treffen in einer Zeit, wo wir uns von schweren Rückschlägen eben erst etwas zu erholen beginnen. Verwunderlich wäre es nicht, daß nach dem demonstrativen Eintreten des Herrenhauses für eine extreme Oppositionspolitik die Delbrücksche Parole: man solle bei den Wahlen den Sieg eines Sozialdemokraten für das kleinere Übel ansehen im Vergleich mit dem eines Gefolgsmanns des Bundes der Landwirte, sogar bei ernsthaften und sonst maßvollen Politikern Beachtung fände, so grundverkehrt sie auch ist. Denn es ist doch wirklich ein ganz unpraktischer Studierstubengedanke, heute bei uns den Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Delbrück selbst müßte sich an den Fingern abzählen können, daß mit Hilfe der Sozialdemokraten für den Bundesrat schlechterdings keine annehmbaren Handelsverträge im neuen Reichstage durchzusetzen sein werden, und daß Handelsverträge, für die die Sozialdemokraten überhaupt zu haben sind, auch wenn sie im Reichstag eine Mehrheit fänden, von den verbündeten Regierungen niemals angenommen werden könnten. Was kann also eine solche Parole nützen? Am allerwenigsten kann sie zum „Niederwerfen“ des Bundes der Landwirte, das Delbrück verlangt, irgend etwas beitragen. Das Gegenteil ist wahrscheinlich: sie wird dem Bunde zugute kommen. Nur wer sich auf den Boden des neuen Zolltarifs stellt und den verbündeten Regierungen bei der mit ihnen zu verfolgenden Handelsvertragspolitik treue Gefolgschaft leistet, kann, wie nun einmal die Sachen liegen, die Erreichung dieses unbedingt anzustrebenden Ziels praktisch fördern. Nur mit den verbündeten Regierungen, niemals mit der Sozialdemokratie kann der Sieg des vom Bunde vertretenen „krassen Materialismus“ vereitelt werden. Das müssen namentlich die Herren vom Handelsvertragsverein und ihre Gesinnungsgenossen endlich einsehen, die sich in völliger Verkennung des Möglichen und Unmöglichen immer noch der Illusion hinzugeben scheinen, daß wir für eine längere Periode zu einer Erneuerung der alten Handelsverträge kommen könnten. Die Verranntheit in die Parteillusionen ist freilich links und rechts viel zu groß, als daß man bis zum 16. Juni noch auf einen Sieg der zur Zeit allein praktischen und möglichen Zollpolitik in der Wählerschaft rechnen könnte. Die Wahlen am 16. Juni werden deshalb voraussichtlich nur die Einleitung zu einer neuen Wahlkampagne sein. Erst nach Auflösung des an diesem Tage gewählten Reichstags wird man darauf hoffen können, daß sich in Landwirtschaft, Industrie und Handel Deutschlands die vernünftigen Leute zu einer vernünftigen Wahlparole einigen werden. Und wenn eine Auflösung nicht hilft, dann würde — so schmerzlich das auch wäre — eine zweite oder dritte helfen müssen. Sollten inzwischen, mit oder ohne Zollkrieg, Industrie und Handel Hunderte von Millionen einbüßen, so werden mit den Agrariern, die zunächst dabei zu gewinnen hoffen, die Vertreter des sogenannten „mobilen Kapitals,“ die dabei nur verlieren können, die Verantwortung tragen.

Eine neue Statistik der Hypothekenschuldung des preußischen Bodens. Am 23. April hat die Agrarkommission des preußischen Abgeordnetenhauses schriftlich über zwei Petitionen berichtet, die eine eingehendere Statistik der Hypothekenschuldung des preußischen Bodens verlangen. Der Bericht erhält durch eine ausführliche Erklärung des Kommissars des Ministers für Land-

wirtschaft, Domänen und Forsten zur Sache eine besondere Bedeutung, die hier zu registrieren ist. Der Regierungskommissar erkennt die Mängel der bisherigen Statistik vollkommen an. Die alljährlich erhobne Statistik der Hypothekenbewegung gäbe über den Hypothekenstand und sein Verhältnis zum Wert- und Pfandobjekt natürlich keinen Aufschluß und leide außerdem an dem Mangel, daß sie in den „ländlichen“ Bezirken auch die Eintragungen und Löschungen umfasse, die sich auf Grundstücke oder Anlagen von nichtlandwirtschaftlichem Charakter bezögen. Dieser Mangel falle um so schwerer ins Gewicht, je mehr — wie namentlich in vielen Gegenden des Westens — die Industrie in Gemeinden von überwiegend ländlichem Wesen eindringe und dort die Hypothekenbewegung (natürlich mit besonders hohen Belastungszahlen, wie z. B. bei Bergwerken) beeinflusse. Auch zwei weitere, auf eine kleine Zahl von Probebezirken beschränkte Versuche, die Höhe der Verschuldung überhaupt und im Verhältnis zu den Bodenwerten zu erfassen, reichten für den gewollten Zweck nicht aus, und zwar namentlich aus folgenden Gründen: 1. der buchmäßige Schuldenbestand, den sie angeben, sei oft höher als der wirkliche, weil Schulden oft ganz oder teilweise schon abbezahlt oder nicht gelöscht worden waren; 2. es fehle jeder Nachweis über die persönlichen Schulden des Besitzers; 3. es sei nicht zu sehen, inwieweit etwa den eingetragenen Schulden auch Forderungen des Besitzers an andre oder sonstige Vermögensstücke gegenüberstünden. Es könne und solle namentlich häufig vorkommen, daß wohlhabende Besitzer den billigen Landschafts- oder sonstigen Anstaltskredit in verhältnismäßig hohem Grade ausnutzten, um die aufgenommenen Kapitalien anderweitig vorteilhaft auszuleihen. In ähnlicher Weise könnten die Besitzer hochverschuldeter Landgüter, wenn sie zugleich im Besitz von Häusern, beweglichem Vermögen oder Gewerbeanlagen- und Betriebskapitalien wären, in durchaus günstiger Vermögenslage sein. Alle diese Mängel ließen sich unter Umständen beseitigen oder doch bedeutend abschwächen, wenn es gelänge, die Materialien der Einkommens- und Ergänzungsbesteuerung in umfassender Weise für die Verschuldungsstatistik nutzbar zu machen. Darüber schwebten augenblicklich Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts. Es sei zu hoffen, daß diese in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Abschluß gelangen würden.

Die vom Regierungskommissar geforderte und in Aussicht gestellte Ergänzung wegen der persönlichen Schulden und des sonstigen Vermögens der Besitzer gehört streng genommen nicht zur Hypothekenstatistik, ist aber, wenn die Bedeutung der Hypothekenschulden für den Einzelnen wie für das Ganze richtig beurteilt werden soll, unerlässlich. Gelingt es, diese Statistik in der angedeuteten Weise durchzuführen, so wird Herr von Podbielski sich ein großes Verdienst nicht nur um die deutsche Landwirtschaft, sondern auch um die deutsche Volkswirtschaft überhaupt erworben haben.

Gerade die über den engen Rahmen der eigentlichen Hypothekenstatistik hinausgehende Frage nach dem gewinnreichen anderweitigen Ausleihen der zu billigem Zinsfuß aufgenommenen Hypothekenskapitalien, namentlich aber die Frage nach dem Besitz von „Häusern, beweglichem Vermögen oder gewerblichem Anlage- und Betriebskapital“ neben dem beliebigen Gute nötigen durchaus dazu, auch das landwirtschaftliche Betriebskapital — eignes wie geliehenes — in die statistische Erhebung einzubeziehen, worauf schon in Heft 16 der Grenzboten hingewiesen worden ist. Wenn man die ungeheure Verschiedenheit und die gewaltige Steigerung des Betriebskapitals, die sich namentlich in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt haben, im Verhältnis zum Grundwert (mit Einschluß der Gebäude, soweit diese nicht Luxuswerte sind) je nach dem Intensitätsgrade des Betriebs betrachtet, so wird man die Frage nach dem Betriebskapital Herrn von Podbielski am allerwenigsten erlassen können. Es liegt auf der Hand, daß das natürliche Risiko in der Landwirtschaft mit der Kapitalintensität ganz gewaltig gewachsen ist, ganz abgesehen von der Erhöhung des Risikos infolge der viel größeren Anforderungen, die der intensive Betrieb an die persönliche Tüchtigkeit des Wirtschafters stellt. Die Schätzung des Betriebskapitals ist ja meistens sehr schwierig, besonders die des umlaufenden, und es ist klar, daß nur durch eine große Anzahl wohl vorbereiteter und durchgeführter Enqueten eine brauchbare Unterlage für den Aufbau einer solchen Statistik gewonnen werden könnte. Darum wird man aber überhaupt nicht herumkommen, wenn man wissen will, was man vor dem Wagnis der großen Entschuldungsaktion, von der man spricht, wissen muß. Hoffentlich wird dann

auch die Frage nach der irrationellen Intensität und ihrer Bedeutung für die Überschuldung und den ganzen Notstand in der Landwirtschaft so tief angeschnitten werden, daß sie nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet bis zur wünschenswerten Beantwortung. Der preußische Landwirtschaftsminister hat auch für diese Frage in einigen seiner vielen Ansprachen und Reden ein sehr berechtigtes Interesse bekundet. In der landwirtschaftlichen Fachliteratur ist sie bisher viel zu sehr vernachlässigt worden.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften und andres. In Heft 18 der Grenzboten ist bei der Besprechung des letzten Geschäftsberichts der Landbank in Berlin der Verwaltung sachlich die größte Anerkennung gezollt worden. Umsomehr mußte und konnte von dem formellen Inhalt des Berichts die größte Klarheit und Durchsichtigkeit verlangt werden. Daß es die Aktiengesellschaften daran in der Regel fehlen lassen, ist eine allgemeine, sehr berechnigte Klage. Noch viel mehr muß beklagt werden, daß seit etwa fünfzig Jahren durch Verwertung industrieller und anderer Unternehmungen in der Form von Aktien zum Börsenspiel schwer gesündigt worden ist. Diese Gefahr ist überall vorhanden, wo die Aktien an deutschen Börsen gehandelt werden. Gerade bei Unternehmungen von hohem volkswirtschaftlichem Wert muß vor dieser Gefahr immer wieder gewarnt werden. Das ist klar und kann im Ernst nicht mißverstanden werden, auch das nicht, was wir in dem erwähnten Artikel gesagt haben. Die Landbank ist viel zu gut zur Spekulation, ja schon zum täglichen Handel an der Börse. Ihre Aktien sollten als dauernde Anlagewerte schon längst in festen Händen sein und bleiben.

Am Effektenmarkt. Wer die Börsenberichte der angesehenern Tages- und Fachblätter in den letzten Wochen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der muß den Eindruck gewonnen haben, daß der deutsche Effektenmarkt auch in stillen Zeiten fast ganz auf die Industriewerte abgestimmt ist, wogegen die Vibrationen anderer Effekten, mögen sie noch so massenhaft vorhanden und auch am Markte sein, nur wenig Eindruck machen. Natürlich quält man sich redlich ab, etwas lebhaftere Bewegung in die Industriewerte zu bringen, denn sonst gibts kein Geschäft, und ist der Zweck des Markts nach Ansicht sehr vieler verfehlt. Das ist zur Zeit eine recht schwere, langweilige Arbeit, denn tatsächlich gibt die wirkliche Lage der deutschen Industrie so gut wie gar keine Veranlassung zu merklichen Kursbewegungen, weder nach unten noch nach oben. Die schwere Krisis von 1901 ist freilich überwunden, aber leider hat die Spekulation aus den bekannten, namentlich aus dem außergewöhnlich starken Export von Rohmaterialien und Halbfabrikaten hergeholtten Gründen im letzten Halbjahr die Kurse der wichtigsten Effekten in die Höhe getrieben, ohne daß die Steigerung der gesunden dauernden Aufnahmefähigkeit des innern Markts oder der lohnende Absatz von fertigen Waren ins Ausland schon durch unzweideutige Anzeichen hinreichend nachgewiesen gewesen wäre. Deshalb kann die Zurückhaltung, die seit kurzem vom Effektenmarkt häufiger gemeldet wird, nur mit Genugtuung begrüßt werden. Sie ist das einzig Vernünftige sowohl im Interesse der Gesamtheit, wie auch in dem unsrer zu Börsenspieltzwecken viel zu sehr mißbrauchten Industrie. Das verehrliche Publikum, das auf gemachte Haussen immer wieder hineinfällt, obwohl es weiß, daß, nachdem der Gewinn durch die Herren vom Fach abgeschöpft worden ist, die Letzten unweigerlich von den Hunden gebissen werden müssen, verdient gar kein Mitleid. Ebensovienig, ja noch viel weniger, als die Herren Landwirte, die bis Ende der siebziger Jahre Güter kauften, weil sie annahmen, der Dümmere müsse sich als Käufer finden, und die dann selbst die Dümmsten blieben. Also: Vertrauen zur Gesundung der deutschen Industrie und auf ihre schöne Zukunft? — ganz gewiß! — aber Zurückhaltung gegenüber jeder „Hausse“ der Industriewerte!

Das Vertrauen auf die Erhaltung des äußern Friedens ist auf dem Effektenmarkt, wie es scheint, trotz der Wirren im Orient und der Entente cordiale der Westmächte unerschütterlich, und es ist sicher gerechtfertigt. Gerade nach dieser Richtung hin hat der Effektenmarkt immer eine feine Witterung bewiesen, und es ist kein Grund vorhanden, weshalb die deutschen Börsen heute eine schlechtere Nase haben sollten als früher. Im Gegenteil, seitdem die deutschen Banken in sehr anerkennenswerter Weise dem deutschen Warenhändler ins Ausland gefolgt sind, zum Teil ihm voranzugehn angefangen haben, ist die Beobachtung und die

Beurteilung der äußern politischen Lage und ihrer immer zahlreichern Reibungsflächen durch die Börsen unzweifelhaft besser und schärfer geworden. Ihr Zutrauen zum äußern Frieden hat an Zuverlässigkeit gewonnen, wenn auch Überraschungen niemals unmöglich sein werden.

Die innere Politik, vor allem die bevorstehenden Wahlen scheinen die Börsianer noch immer wenig zu interessieren. Agrarier wird man auf dem Effektenmarkt wohl wenige finden, Freunde und Förderer der Sozialdemokratie um so zahlreicher. Ein beredtes Zeichen für die Kürze der Gedanken und des Strebens der Masse in der Börse. Sie ist blind und taub gegen die Gefahr, die mit jedem weitem Machtzuwachs dieser Partei der gesamten deutschen Volkswirtschaft und gerade den Werten, von denen die Börse lebt, erwachsen muß. Die Not wird die Herren vom sogenannten mobilen Kapital wohl bald beten lehren, wenn ihnen die Extremen rechts und links vollends über den Kopf gewachsen sein werden. Und es wird ihnen dann wahrscheinlich kein Schreien helfen.

Zur Kartellenquete. Die stenographischen Berichte über die vom Reichsamt des Innern am 26. und 27. Februar veranstalteten Verhandlungen über das „Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat“ und die „Oberschlesische Kohlenkonvention“ sind im Reichsanzeiger vom 25. und 30. April endlich veröffentlicht worden. Sie enthalten wenig Neues und gar nichts Aufregendes, werden aber doch vielleicht den Herren Volkswirten Anregung geben, die Kartellfrage in einer neuen Auflage von Büchern, Broschüren und Aufsätzen durchzudreschen, obwohl beim unreifen Getreide dadurch ebensowenig etwas Rechtes erreicht wird, wie beim leeren Stroh. Klar wird durch die Berichte, daß die Lage des Kartellwesens bei uns ein unmittelbares Eingreifen der Gesetzgebung noch nicht erfordert. Daß solche Vereinigungen viel schaden können, wenn sie von der Habsucht gemißbraucht werden, darüber konnte kein vernünftiger Mensch jemals in Zweifel sein; ebensowenig darüber, daß sie viel nützen können und vielfach notwendig sind. Aber welche nützliche und notwendige Einrichtung kann nicht gemißbraucht werden? Um dem Mißbrauch vorzubeugen, ist vorläufig das beste und einzig angezeigte Mittel, die Machthaber zu überzeugen, daß man ihnen scharf auf die Finger sieht. Das hat das Reichsamt des Innern durch diese sogenannte Enquete über die Kohlenkartelle in taktvoller und staatsmännisch praktischster Weise zu erreichen gesucht und zum Teil sicher erreicht. Wenn von sozialistischer Seite behauptet wird, die Verhandlungen seien eine „Komödie“ gewesen, bei der man die Aufklärung über Mißbräuche und Gefahren absichtlich hätte vermeiden wollen, so ist das Irrtum oder Lüge. Leider sind die rheinisch-westfälischen Montanmagnaten seit 25 Jahren — wo man sie als „Notleidende“ gern schreien hörte — von Regierungsleuten und auch von vielen andern arg verwöhnt worden. Sie glauben das Dogma vertreten zu dürfen, daß sie ihre Millionengewinne nur aus Patriotismus, zum gemeinen Besten, einheimsten. Wehe dem, der sie etwa als gewöhnliche sündige Menschen und der Habsucht fähige Geschäftsleute ansehen wollte. In dieser Beziehung haben Verhandlungen wie die vom 26. und 27. Februar eine unschätzbare erziehende Bedeutung. Man fahre nur so fort, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Mit den amerikanischen Trusts können unsre Kartelle in Bezug auf die Gefährlichkeit gar nicht verglichen werden. Gerade ihre „demokratische“ Organisation schwächt die Gefahr ab, die die oligarchische, zum Teil monarchische Organisation der Trusts heraufbeschwört. Zur gefährlichen Trustbildung gehört eine so ungesunde Vermögensverteilung, wie sie in den Vereinigten Staaten besteht. Sollten die Mängel unsers Aktienwesens zu etwas ähnlichem führen, so wird dort der Damm zu ziehn sein. Heute liegt die Sache noch im Stadium der Doktorfragen. Da würde gesetzgeberisches Eingreifen wahrscheinlich mehr schaden als nützen.

Dänemarks Handelsflotte. Die dänische Statistik der Handelsflotte weist alle Schiffe mit einem Nettoraumgehalt von mehr als vier Registertons mit Ausnahme von Kriegsschiffen und andern dem Staat gehörenden Schiffen, die nicht als Fracht- oder Handelsschiffe benutzt werden, nach. Auch Prahme und Leichter-schiffe ohne eigne Fortbewegungsfähigkeit sind nicht eingerechnet. Dagegen ist die Fischereiflotte mitgezählt. Es ist überall der Nettoraumgehalt in Registertons nach der britischen Regel angegeben. Der gesamte Stand an Handelsschiffen unter dänischer Flagge (über vier Registertons) vom 31. Dezember 1901 war folgender:

	Segelschiffe		Dampfschiffe		Zusammen	
	Zahl	Registertons	Zahl	Registertons	Zahl	Registertons
Eigentliches Dänemark	3026	142524	497	256548	3523	399072
Faröerinseln	101	7596	2	293	103	7889
Inland	129	6554	36	2511	165	9065
Dänisch-Westindien	49	514	1	8	50	522
im ganzen	3305	157188	536	259360	3841	416548

Im Jahre 1870 bestand die Handelsflotte des eigentlichen Dänemarks — wovon im folgenden nur die Rede ist — aus 2808 Schiffen mit 178646 Registertons, worunter nur 89 mit 10453 Dampfer waren. Der durchschnittliche Raumgehalt eines Schiffes war im Jahre 1870 bei den Segelschiffen 62 und bei den Dampfern 117 Registertons. In der Zeit seit 1895 haben sich diese Verhältnisse wie folgt geändert:

Bestand am	Segelschiffe		Dampfschiffe		Zusammen Registertons im ganzen
	im ganzen	im Durchschn. auf 1 Schiff	im ganzen	im Durchschn. auf 1 Schiff	
31. Dezember					
1895	178906	59	144059	359	322965
1896	172537	58	163171	390	335708
1897	162931	54	180709	414	343640
1898	158155	52	223184	469	381289
1899	155271	51	255198	513	410469
1900	146900	49	247353	512	394253
1901	142524	47	256548	516	399072

Auch die dänische Reederei hat also an der hastigen Vermehrung der Handelsflotte in den neunziger Jahren teilgenommen und unter dem natürlicherweise eingetretenen Rückschlage zu leiden gehabt.

Der Zugang an Dampfern gestaltete sich in den letzten fünf Jahren wie folgt:

	Durch Neubau in Dänemark		Durch Ankauf aus dem Ausland	
	Zahl	Registertons	Zahl	Registertons
1897	9	7561	20	13861
1898	9	3916	48	43602
1899	8	5034	36	35117
1900	5	727	16	9574
1901	12	5584	14	8739

Segel- und Dampfschiffe zusammen wurden für nachstehende Beträge (in Kronen) in den Jahren

	1897	1898	1899	1900	1901
vom Ausland gekauft	4366600	13884100	11648600	3940400	3704100
ans Ausland verkauft	572400	959500	1434200	4708300	1657400

Von der Dampferflotte waren Ende 1901 in Kopenhagen heimatberechtigt 58,6 Prozent der Schiffe und 83,9 Prozent der Registertonnage, von den Segelschiffen dagegen nur 9,1 und 10,4 Prozent.

An dem ganzen Frachturnsatz (Eingang und Ausgang zusammen) zwischen Dänemark und dem Auslande waren unter andern beteiligt in Prozenten der in dänischen Häfen geladen und gelöschten Gütermengen

	1897	1898	1899	1900	1901
die dänische Flagge mit	48,3	51,0	52,9	52,8	51,0
„ schwedische Flagge „	14,3	13,7	12,7	14,2	15,6
„ britische Flagge „	16,8	14,5	13,4	10,5	11,1
„ deutsche Flagge „	8,7	8,2	9,2	9,0	9,2
„ norwegische Flagge „	9,3	9,4	8,9	10,0	9,4

Auch hier ist also, wie fast überall in der Welt, der Anteil der britischen Flagge nicht nur im Verhältnis zu dem der einheimischen, sondern auch im Verhältnis zu dem der andern fremden Flaggen zurückgegangen.

In der Seeschifffahrt zwischen den dänischen Häfen untereinander ist das Übergewicht der dänischen Flagge natürlich noch weit größer. Unter den fremden Flaggen stand hier 1901 die britische noch obenan, dann kam die schwedische, und nach dieser — und zwar fast nur durch Segelschiffe vertreten — erst die deutsche Flagge.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften, auch wegen des volkswirtschaftlichen Teiles, wolle man an den Verleger persönlich richten (S. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).